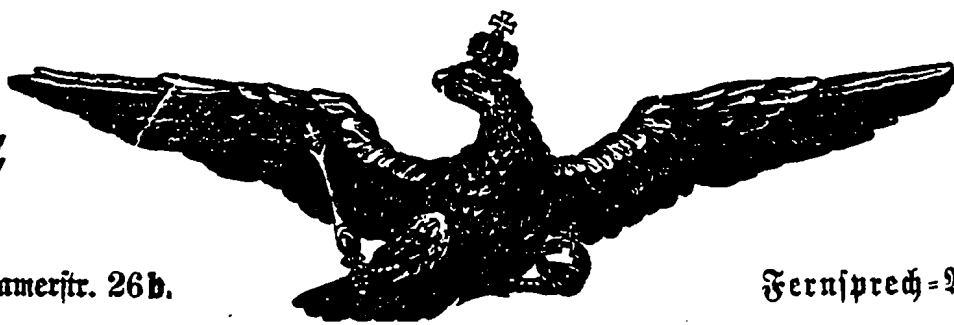


Ersteinst
Dienstags, Donnerstags und Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal:
durch die Post bezogen 1 M. 25 Pf. excl. Postgebühren,
frei ins Haus 1 M. 50 Pf.
Abonnements werden von sämtlichen Post-Anstalten,
Briefträgern u. den Agenten im Kreise angenommen.

Teltower

Inserate
werden in der Expedition:
Berlin W., Potsdamer Straße 26b.,
sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaus und den
Agenturen im Kreise angenommen.
Preis
der einfachen Zeile oder deren Raum 20 Pf.

Kreis-



Blatt.

Expedition: Berlin W., Potsdamerstr. 26b.

Fernsprech-Anschluß Amt VIII. Nr. 671.

Nr. 124.

Berlin, Dienstag, den 22. Oktober 1889.

33. Jahrg.

Amthliches.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 100e Nr. 3 der Reichs-Gewerbe-Ordnung und der Ausführungs-Anweisung vom 9. März 1882 bestimme ich hierdurch für den Bezirk der Weber- und Wirtler-Zinnung zu No. wames,

daß diejenigen Arbeitgeber, welche das Weber- und Wirtler-Gewerbe betreiben und selbst zur Aufnahme in die Zinnung fähig sein würden, gleichwohl aber der Zinnung nicht angehören, vom 1. April 1890 ab Lehrlinge nicht mehr annehmen dürfen.

Potsdam, den 11. Oktober 1889.
Der Regierungs-Präsident.
(L. S.) J. V. Frhr. von Kisthosen.

Berlin, den 19. Oktober 1889.
Der Landrath des Kreises Teltow.
Stubenrauch.

Berlin, den 18. Oktober 1889.

Bekanntmachung.

Der Kaufmann G. Schirmer zu Berlin beabsichtigt auf seinem in Klein-Körbitz gelegenen, im Grundbuche von Klein-Körbitz, Band IV Blatt Nr. 113 verzeichneten Grundstücke nach Maßgabe der eingereichten Zeichnungen und Beschreibungen einen Ziegelfabrikanten zu errichten.

Dieses Vorhaben bringe ich hierdurch mit der Aufforderung zur öffentlichen Kenntniß, etwaige Einwendungen gegen dasselbe binnen 14 Tagen bei mir schriftlich in 2 Exemplaren oder zu Protokoll anzubringen. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen in dem Verfahren nicht mehr angebracht werden.

Die Zeichnungen und Beschreibungen liegen während der Dienststunden in meinem Bureau hier selbst, Körner-Strasse 24, zur Einsicht aus.

Zur mündlichen Erörterung der gegen das oben bezeichnete Vorhaben etwa rechtzeitig erhobenen Einwendungen wird hierdurch Termin auf

Montag, den 11. November 1889,
Vormittags 11 Uhr.

in meinem Bureau, Körnerstrasse 24 hier selbst, mit der Eröffnung anberaumt, daß im Falle des Ausbleibens des Unternehmers oder der Widersprechenden gleichwohl mit der Erörterung der Einwendungen wird vorgegangen werden.

Der Landrath des Kreises Teltow.
Stubenrauch.

Berlin, den 18. Oktober 1889.

Bekanntmachung.

Die Magistrats- sowie die Gemeinde- und Guts-Vorstände des Kreises, welche mit der Einreichung der während der diesjährigen Einquartierung von den Truppenteilen ausgestellten Bescheinigungen über gewährtes Quartier, gestellten Vorpaum und verabreichte Fourage noch im Rückstande sind, ersuche ich, dieselben schleunigst an mich einzureichen, damit die Zahlung der gesetzlichen Entschädigungen herbeigeführt werden kann.

Der Vorsitzende
des Kreis-Ausschusses des Kreises Teltow.
Stubenrauch, Landrath.

Wichtiges.

Die Aufgaben des Reichstags.

Heute, Dienstag, tritt der Reichstag zur letzten Tagung während dieser Gesetzgebungs-Periode zusammen. Seine Aufgaben sind diesmal von doppelter Wichtigkeit.

Einmal handelt es sich darum, verschiedenen dringenden Bedürfnissen der Gesetzgebung Rechnung zu tragen. Hierzu gehört zunächst die Feststellung des Reichshaushaltsetats, der wie verlautet, wieder wie vor zwei Jahren, den Betrag einer Milliarde übersteigen wird. Wenn aber auch der Etat, wie üblich, zu allerhand Erörterungen, selbst über ferner liegende Gegenstände, Gelegenheit geben wird, so werden sich schwerlich daran große Kämpfe knüpfen, weil die gegenwärtige Majorität eine sichere Gewähr für die sachliche Prüfung und schnelle Erledigung der aufgestellten Forderungen bietet. An Versuchen freilich wird es auf Seiten der Opposition nicht fehlen, ihr Steine in den Weg zu werfen und aus diesen oder jenen Forderungen Kapital zu schlagen: vielleicht wird dies namentlich, wenn man aus der Haltung ihrer Presse schließen darf, bei den Mehrbedürfnissen für militärische Zwecke der Fall sein, über deren Natur und Höhe vorläufig noch nichts bekannt ist. An einer zufriedenstellenden Lösung der mit dem Etat verbundenen Aufgaben ist aber jedenfalls nicht zu zweifeln.

Als weitere Aufgabe der Gesetzgebung wird dem Reichstage die Pflicht obliegen, bei Zeiten für

einen Ersatz des mit dem 30. September 1890 ablaufenden Sozialistengesetzes zu sorgen. Die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit, der Regierung und dem Staate von Neuem Mittel zur Bekämpfung der sozialdemokratischen Unsturz Bestrebungen in die Hand zu geben, ist eine so allgemeine, daß man darauf rechnen kann, daß die nationale Majorität in dieser Frage ernstlich bemüht sein werde, mit den verbündeten Regierungen Hand in Hand zu gehen. Die Spekulationen, welche in dieser Beziehung auf einen Mißerfolg rechnen, sind unseres Erachtens völlig werthlos. Wie sich die gesetzgebenden Faktoren einigen werden, darüber enthalten wir uns ebenso aller Kombinationen, wie über den Inhalt der zukünftigen Vorlage. Nur das Eine scheint uns gewiß, daß eine Einigung erzielt werden wird, weil sie erzielt werden muß. Ferner wird dem Reichstag ein Gesetz wegen weiterer Regelung der Verhältnisse der Reichsbank zugehen. Wenn vielleicht hiermit auch die gesetzgeberischen Aufgaben noch nicht erschöpft sein werden, so kennzeichnen schon die erwähnten zur Genüge die Wichtigkeit der kommenden Session. Diese gewinnt aber dadurch noch an Bedeutung, daß sie die letzte vor den Neuwahlen ist. Hieraus ergeben sich dem Reichstage weitere Aufgaben.

Es darf schon jetzt als sicher angenommen werden, daß die vereinigte Opposition Alles darauf ablegen wird, um dem Kartell und der Wirtschaftspolitik bei den Wahlen eine Niederlage zu bereiten. Alles was hierfür ausgenutzt werden kann, wird sie schon im Reichstage auszunutzen wissen, — die Ausgaben für militärische Zwecke, das Sozialistengesetz, die „Vertheuerung“ der Lebensmittel, das sind die Trümpfe, welche sie auszuspielen gedenkt. Die nationale Majorität wird darauf bedacht sein müssen, die Angriffe bei Zeiten zu parieren und der Irreführung der Massen und der politischen Brunnengestaltung energig zu vorbeugen. Möge sie die bevorstehende Session hierzu eifrig benutzen! Die Gegner werden es sicherlich thun, also mögen auch die nationalen Parteien sich dessen bewußt sein, daß sie die Ernte schon jetzt vorbereiten können. Je größer die Kühnheit ist, welche sie schon im Parlament entfalten, um so geringer wird die Mühe sein, der agitatorischen Thätigkeit der Opposition das Wasser abzugraben.

Der Reichstag kann auf seine bisherige Thätigkeit mit Stolz und Gemuthung zurückblicken: möge er in der Zeit der letzten Tagungsperiode nichts verjäumen, was dazu beitragen kann, die Nation auch über die Gestaltung der parlamentarischen Zukunft zu beruhigen.

Mundschau.

Deutsches Reich.

-- Kaiser Wilhelm und die Kaiserin Augusta sind am Sonnabend Vormittag in dem italienischen Königsschloß Monza angekommen und sehr herzlich empfangen worden. Alle besonderen Veranstaltungen, die geplant waren, sind im Hinblick auf den Tod des Königs von Portugal, des Schwagers des Königs Humbert, aufgegeben. Montag Mittag reist das Kaiserpaar nach Genua, von wo die Ueberfahrt nach Athen auf dem deutschen Geschwader angetreten wird.

— Die Kaiserin Friedrich hat am Sonnabend Vormittag, nachdem sie am Tage zuvor nochmals am Grabe ihres Gemahls geweilt, mit ihren drei Töchtern und dem Erbprinzen und der Erbprinzessin von Meiningen die Reise nach Athen via Venedig angetreten. Vor dem Berliner Palais der Kaiserin, auf den Straßen und am Bahnhofe war eine zahlreiche Menschenmenge versammelt, die den Scheidenden Hochs und Hurrahs zurief. Die Kaiserin war in Trauergewand, die Prinzessin Sophie trug lichte Toilette. Die Fahrt ging über den Bremer ohne Aufenthalt nach Venedig, wo die Ankunft am Sonntag Nachmittag erfolgte. Die Spitzen der Behörden begrüßten die hohen Herrschaften, die Empfangnahme durch die Bevölkerung war eine äußerst herzliche. Die Weiterfahrt erfolgte an Bord des österreichischen Lloyd-Dampfers „Imperatrix“, der auf das Prachtigste decorirt ist. Der feierliche Einzug in Athen wird Freitag Nachmittag stattfinden. — Der Oberhofprediger Dr. Kögel hat sich auf Befehl des Kaisers ebenfalls nach Athen begeben, um der Trauung der Prinzessin Sophie beizuwohnen.

— Ein Beweis für den höchst befriedigenden Verlauf der Kaiseritage in Berlin ist, wie die „Post“ mittheilt, daß die beiden Kaiser sich nicht

getrennt haben, ohne bereits eine neue Zusammenkunft zu vereinbaren. Kaiser Alexander hat den Kaiser Wilhelm gebeten, den großen Manövern beizuwohnen, welche nächsten Sommer in Rußland stattfinden sollen und unser Kaiser hat die freundliche Einladung auf das Bereitwilligste angenommen.

— Auf den präsumtiven württembergischen Thronfolger, den Prinzen Wilhelm wurde Sonntag Vormittag auf der Fahrt zur Kirche in Stuttgart ein Attentat ausgeführt. Ein junger Mann schoß in den offenen Wagen des Prinzen, die Kugel verlegte aber Niemand. Der Attentäter wurde sofort festgenommen und zur Polizei gebracht. Das erste Verhör schon ergab, daß der Attentäter, ein gewisser Klüber aus Ulm, an fixen Ideen leidet und direct geistesgestört ist. Er sagt, er habe das Attentat verübt, weil es die höchste Zeit sei, daß Württemberg einen katholischen König bekomme. Klüber, der sich schon längere Zeit in solcher Weise ausgesprochen haben soll, ohne daß es Jemandem auffiel, gehört einer Bürgerfamilie an. Er dürfte schließlich einer Irrenanstalt überwiesen werden. Was die Reden von einem katholischen König betrifft, so liegen die Verhältnisse folgendermaßen: Der (protestantische) König Karl ist kinderlos, der (gleichfalls protestantische) Prinz Wilhelm besitzt nur eine Tochter. Würder aus seiner Ehe mit einer hückeburgischen Prinzessin keine Söhne mehr hervorgehen, so würde die württembergische Königskrone allerdings der katholischen Linie der Herzoge von Württemberg zufallen.

— Aus Chemnitz wird berichtet: Nachdem schon seit einiger Zeit die Arbeiter der größten hiesigen Spinnereien streiken, ist nun auch trotz der bereits erfolgten nicht unerheblichen Vermehrung der Löhne in mehreren Wirkwaarenfabriken der Umgegend die Arbeit eingestellt worden. In Einbach sind seit mehreren Tagen auch Ruhestörungen vorgekommen, sodaß eine Compagnie Infanterie dorthin abgegangen ist. Mehrere Arbeiter, die sich derbewaffneten Macht widersetzen, sind verhaftet.

— Die Nordd. Alg. Ztg. versichert nochmals, daß die preussische Staatsbahnverwaltung sich nicht große Vorräthe an Kohlen in überstürzter Weise verschafft habe. Der Vormarsch, hierdurch sei die Vertheuerung der Kohlenpreise veranlaßt, ist also hinfällig.

Frankreich.

— Der große Bergarbeiterstreik in der Umgegend von Lens ist zu Ende. Die Forderungen der Leute sind nun in vollem Umfange bewilligt worden.

England.

— In Portsmouth finden demnächst Schießproben mit Dynamit-Kanonen statt. Die englische Marineverwaltung hat nicht übel Lust, die ebenso schreckliche wie kostspielige Erfindung sich zu Nutzen zu machen.

Portugal.

— König Luiz I. von Portugal ist am Sonnabend Vormittag 11 Uhr gestorben. Nach den in den letzten Tagen eingegangenen Nachrichten mußte man diesem Ereigniß, durch welches das portugiesische Volk in tiefe Trauer versetzt wird, stündlich entgegensehen. König Luiz war schon länger krank. Der Ursprung seines Leidens soll bis auf das Jahr 1861 zurückreichen, wo fast sämtliche Prinzen des königlichen Hauses, unter ihnen der jetzt verstorbene, erkrankten. Die Aerzte erklärten damals, daß die Krankheit eine typhöse sei; vollständige Genesung wurde nicht erzielt und König Luiz hat seit jener Zeit mehrere Rückfälle gehabt. Auch der vor einigen Wochen verstorbene jüngere Bruder des Königs, Prinz August, Herzog von Coimbra, ist, wie erst jetzt bekannt wird, demselben Leiden erlegen. König Luiz, am 31. Oktober 1838 geboren, war seinem Bruder Pedro V am 11. November 1861 auf dem Throne gefolgt und ist seit dem Jahre 1862 mit Maria Pia, einer Tochter des Königs Viktor Emanuel II. von Italien und Schwester des jetzigen Königs Humbert, vermählt. Das portugiesische Volk hing an ihm mit großer Liebe und Verehrung. Er hat während seiner fast 28jährigen Regierungszeit verstanden, eine große Anzahl von Gegnern der konstitutionellen Monarchie für diese zu gewinnen, so daß das Land sich den Frieden bewahrt und gedeihlich entwickelt hat. Im vorigen Sommer stattete der König noch unserem Kaiser Wilhelm II. in Potsdam einen Besuch ab und nahm ihn in die portugiesische Armee auf.

Dem Verbliebenen folgt in der Regierung sein ältester Sohn, der bisherige Kronprinz, Karl, geboren am 28. September 1863, vermählt seit dem 22. Mai 1886 mit der am 26. September 1865 geborenen Tochter des Prinzen Philipp von Orleans, Grafen von Paris, Amelie, aus deren Ehe ein am 21. März 1887 geborener Sohn, der Kronprinz Louis Philipp, entsprossen ist. — Die Nordd. Alg. Ztg. widmet dem verstorbenen König die folgenden Zeilen:

„Die Trauer des portugiesischen Volkes um diesen, seinem segensreichen Wirken leider so früh entzogenen Monarchen wird in den weitesten Kreisen getheilt werden, denn Liebe und Verehrung hat der Verewigte überall zu erwecken gemußt, wo seine mit so vielen ausgezeichneten Eigenschaften geschmückte Persönlichkeit dem öffentlichen Leben näher getreten war. In deutschen Reiche aber wird schon die aufrichtige, innige Freundschaft, welche den entschlafenen Monarchen seit Jahren mit unserem Kaiserhause verbunden hat, sein Andenken treu und in Ehren bewahren lassen.“

Serbien.

— Königin Natalie von Serbien läßt sich durch russische Blätter Klame machen. Der russische Regierungsbote meldet, bei der Reise der Königin von Jassy nach Belgrad sei in der Nähe der ersten Stadt ein Attentat auf den Eisenbahnzug der Königin versucht worden. Die Schienen seien aufgerissen gewesen und nur weil der Zug ein anderes Geleise benützte, sei die Katastrophe verhütet. Wenn die Sache in Wahrheit so ernst war, hätte man wohl schon längst etwas darüber zu hören bekommen.

Montenegro.

— Der Fürst von Montenegro hat die Türkei ersucht, 1200 montenegrinischen Familien, welche wegen der im Fürstenthume herrschenden Hungersnoth nach Serbien auswandern wollen, den Durchzug durch die Türkei zu gestatten. Die Konstantinopeler Regierung hat darauf 2000 erwachsenen Montenegrinern den Zug gestattet.

— Prinzessin Milika von Montenegro erhielt anlässlich ihrer Vermählung mit dem Herzog Georg von Leuchtenberg vom Czaren eine Million Rubel als Brautgeschenk. Die neu vermählte Herzogin hat nun die ganze Summe ihren hungernden Landsleuten gespendet.

Parlamentarisches.

— Vor der Abreise des Kaisers ist noch die Eröffnungsrede für den Reichstag festgestellt worden. Die einzelnen Fraktionsvorsitze haben sich bemüht, die Mitglieder zu zahlreichem Erscheinen aufzufordern, damit die Beschlussfähigkeit von vornherein gesichert sei. Mehrere Parteien traten schon gestern Abend zusammen. Nach der ersten formellen Sitzung am Dienstag wird Mittwoch die Präsidentenwahl durch Akklamation stattfinden. Einige Tage später beginnt dann die Berathung des Reichshaushaltes.

— Ueber den neuen Reichsetat liegen jetzt bestimmte Ziffern vor. Der Etat stellt sich auf 1208664739 M., also fast auf fünfviertel Milliarden, das sind gegen das Vorjahr rund 240 Millionen mehr. Die einmaligen Ausgaben betragen 277700307 M., wovon 266789307 M. durch eine Anleihe gedeckt werden sollen. Von der Anleihe entfallen zwei Drittel auf Armee und Marine. Der ordentliche Etat stellt sich im Ganzen auf 930964432 M., das sind fast 59 Millionen mehr als im Vorjahre. Dieser Mehrbedarf wird nicht durch Mehreinnahmen gedeckt, die Beiträge der Einzelstaaten müssen vielmehr um 41 1/2 Millionen M. erhöht werden.

Aus der Verwaltung.

— Die Fälle in denen Kommunen die Kosten des regelmäßigen Schulbaubedürfnisses aus Anleihemitteln zu bestreiten beschließen, haben sich in letzter Zeit erheblich gemehrt. Ein Erlass des Ministers des Innern und des Finanzministers hat hieraus Veranlassung genommen, darauf aufmerksam zu machen, daß diese Kosten, namentlich in solchen Gemeinden, deren Bevölkerung in rascher Zunahme begriffen ist, und in welchen daher das Bedürfniß zur Ausführung neuer Schulbauten in kurzen Zwischenräumen wiederzukehren pflegt, zu den regelmäßigen Ausgaben des Gemeindehaushalts gerechnet werden müssen. Wo hiernach nicht etwa die Nothwendigkeit zu umfassenderen Schulhausneubauten durch besondere Umstände, wie beispielsweise durch eine außerordentliche Vermehrung der Bevölkerung, durch unerwartetes Eintreten von Baufällen an älteren Schulbauten u. s. w., herbeigeführt wird, ist darauf zu halten, daß die Kosten der Schulhausbauten aus den regelmäßigen Einnahmen der betreffenden Stadtgemeinden bestritten werden. Zu diesem Zweck empfiehlt es sich im Besonderen, Schulhausneubaufonds anzusammeln, welchen regelmäßig jährlich angemessene, nach dem muthmaßlichen Bedürfnisse des betreffenden Zeitabschnittes zu berechnende Beträge aus den Eintraden des städtischen Aersars zuzuführen sind.